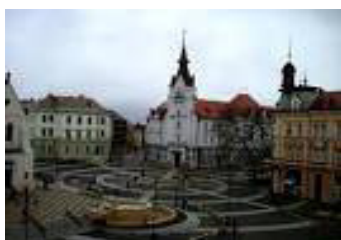




des Partnerschaftskomitees
der Stadt Glinde



...in der Europaarbeit?



Aus dem Partnerschaftskomitee

Vorsitzender des Partnerschaftskomitees ist Bürgermeister Rainhard Zug.
Er ist erreichbar unter der Telefonnummer 710 02 500 oder per E-Mail:
Rainhard.Zug@Glinde.de

Aktuelles

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ortsverband Glinde der Europa-Union Deutschland wird am 20. Juni 2018
50 Jahre alt.

Dieses Ereignis wollen wir am **24. Juni** im Festsaal des Marcellin Verbe-
Hauses gerne mit Ihnen und weiteren Gästen gebührend feiern.

Wir haben ein informatives und abwechslungsreiches Programm
vorbereitet, und für das leibliche Wohl ist auch gesorgt.



20. Juni 1968

20. Juni 2018

Einladung

zur

Feierstunde am Sonntag,

24. Juni 2018

von 12 bis ca. 15 Uhr

im Marcellin Verbe-Haus

21509 Glinde, Markt 1

Festsaal

Festprogramm

Begrüßung und Grußworte

★ Festrede: Frau Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa,
Verbraucherschutz und Gleichstellung in Schleswig-Holstein

★ Büffet

★ Ehrung langjähriger Mitglieder

★ Siegerehrung Schulwettbewerb

Musik- und Aufführungsprogramm

★ A-cappella-Chor „Five Guys“

★ Französische Spielgruppe

★ Theatergruppe der VHS Reinbek

★ Gliner Schulen

Die Teilnahme ist kostenfrei; für die bessere Planung
bitten wir um Anmeldung unter 040 7110207

oder europa-union-glinde@t-online.de

Europa-Union Deutschland Ortsverband Glinde e.V.

Ausblick

Spielend Französisch lernen



On y va! Francophil geht es in der KiTa „Wirbelwind“ wieder zu, wenn die neuen Kurse der französischsprachigen Spielgruppen wieder beginnen. Spielerisch wird hier nicht nur die fremde Sprache, sondern auch die französische Kultur vermittelt. Gerne zeigen die Kinder, was sie in den Kursen gelernt haben. Gelegenheit gibt es dazu beim 50. Jubiläum der Europa-Union Ortsverband Glinde am 24. Juni 2018 (s. S. 2).

Nach Ostern startet am 18. April 2018 ein neuer Kurs mit 11 Terminen bis zu den Sommerferien.

Wie gewohnt finden drei Kurse jeweils mittwochnachmittags in der KiTa „Wirbelwind“ bzw. einer – der Fortgeschrittenenkurs - im Marcellin-Verbe-Haus statt.

Anmeldung nimmt die Kursleiterin direkt entgegen:
Maj Sumfleth Tel. 710 83 98

Fremdsprachenerwerb

Nutzen Sie die Angebote der Volkshochschule Glinde für die Erweiterung Ihrer Sprachkompetenz!

Das neue Vorlesungsverzeichnis erscheint am **17.08.2018** und liegt ab sofort u.a. im Rathaus und der Stadtbücherei aus.

Kontakt: VHS Glinde, Dr. Marlies Lehmann, im Rathaus der Stadt Glinde, Markt 1, Zimmer 410 / 411 im 4. OG.

Telefon: 040 / 714 044 95 E-Mail: glindevhs@aol.com

Internet: www.vhs-glinde.de

Aus der Verwaltung

Glinde-Souvenirs

Die Stadtverwaltung hält an der Rathausinfo zahlreiche „Souvenirs“ aus Glinde bereit:

Artikel	Preis in €
Schlüsselbänder dt./frz. oder dt./ung.	1,00
Glinde Krawatten	12,00
Schreibblock DIN A 5	0,50
Kugelschreiber „Touch Pen Mini“ blau	1,30
Kugelschreiber farblich sortiert	1,00
Glinde-Flagge (für Fahnenmast) 2 x 1,2 m	48,50
Buch: „Europastadt Glinde“	5,00
Buch: „Eine Ortsgeschichte“	15,00
Buch: „Junge Stadt im Grünen“	16,90
Buch „Zwischen Au und Metropole“ Lyrikband	17,95
Glinde Autoaufkleber „Wappen“	2,00
Glinde T-Shirt, weiß, Größe 110/116	10,00
Glinde T-Shirt, weiß, Größe M, L	10,00
Glinde T-Shirt, rot, Größe 134/146	10,00
Glinde T-Shirt, rot, Größe S	10,00
Glinde Rucksäcke (schwarz, lila, neon-grün)	6,00
Leinenbeutel mit Glinde-Wappen (rot, gelb, blau)	1,50
Leinenbeutel „Junge Stadt im Grünen“ rot, grün, natur, bunt	1,80
Peppige Non-Woven-Einkaufstasche (pink, orange, gelb)	2,00
Schlüsselanhänger „Glinde-Kuh“ m. Wechsel-T-Shirt	3,50
Taschen-Regenschirm, dunkelblau	8,00
Postkarte mit jahreszeitlichen Glinde-Motiven	1,30

Sie finden die Artikel mit Abbildung auch im Internet unter <http://www.glinde.de/kultur/glinder-souvenirs/>.

Weitere Glinde-Souvenirs finden Sie auch auf den Internetseiten des Stadtmarketings Glinde e.V. unter www.stadtmarketing-glinde.de und in Glinder Geschäften.

Jahreskonferenz des Deutsch-Französischen Ausschusses in Köln: Von Migration und Integration bis zur Zukunft Europas

Die deutsch-französischen Erfahrungen in der Migrations- und Integrationspolitik auf kommunaler Ebene sowie die Zukunft der Europäischen Union 60 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge von 1957 standen im Mittelpunkt der Jahreskonferenz, zu dem der Deutsch-Französische Ausschuss im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) zusammen mit der Französischen Sektion des RGRE vom 29. November bis 1. Dezember 2017 nach Köln eingeladen hatten.

Deutschland und Frankreich feiern im Jahr 2018 das 55-jährige Bestehen des Élysée-Vertrages. Dieser Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag, der am 22. Januar 1963 von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle unterzeichnet wurde, ist ein Meilenstein in den Beziehungen beider Länder, die lange als „Erbfeinde“ galten. Er begründete eine bisher in der europäischen Geschichte beispiellose partnerschaftliche Zusammenarbeit und gilt als ein Grundpfeiler der europäischen Integration, die in den vergangenen Jahren allerdings ins Stocken geraten ist. Spätestens seit der Entscheidung Großbritanniens, aus der Europäischen Union auszutreten, und der Kluft zwischen den west- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten bei der Migrationspolitik wird der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Europa eine noch größere Bedeutung beigemessen und der Ruf nach einem starken „Deutsch-Französischen Motor“ in der Union immer lauter. Dies zeigte sich auch bei der Jahreskonferenz der **Deutschen Sektion** und der **Französischen**

Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), die vom 29. November bis 1. Dezember 2017 im Forum der Volkshochschule Köln im Gebäude des Rautenstrauch-Joest-Museums in Köln stattfand und sich mit der Migration und Integration sowie der Zukunft Europas drängenden aktuellen Fragen annahm. Bereits in den Eröffnungsreden sprachen sich der Präsident des **Deutsch-Französischen Ausschusses im RGRE**, Reinhard Sommer, und sein Stellvertreter und Kölner Bürgermeister, Andreas Wolter, als Gastgeber der Konferenz für eine stärkere deutsch-französische Zusammenarbeit aus. „Gemeinsam sind wir stärker“, betonte Wolter auch mit Blick auf die deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften, die bereits in den Jahren vor der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages den Humus bereiteten, auf dem die deutsch-französische Freundschaft gedeihen konnte. Auf das inzwischen große Netzwerk von mehr als 2.200 Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Kommunen wies auch der Stadtrat von Tours, Antoine Godbert, für die französische RGRE-Sektion „Association Française du Conseil des Communes et des Régions d’Europe“ hin.

Für mehr Gemeinsamkeit innerhalb der EU insbesondere bei der Migrations- und Integrationspolitik warb der Präsident des Deutsch-Polnischen Ausschusses im RGRE und Landrat des Landkreises Dachau, Stefan Löwl.

Mit Blick auf die wechselvolle Geschichte zwischen Deutschland und seinen Nachbarländern Frankreich und Polen zitierte Löwl den Holocaust-Überlebenden Max Mannheimer, wonach die heutige Generation nicht für das Geschehene verantwortlich ist, aber sehr wohl für das, was heute geschieht.

Die Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Serap Güler, plädierte dafür, bei der Migrations- und Integrationspolitik das Verbindende zwischen den Staaten in Europa wieder stärker in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. „Wir haben in der Vergangenheit zu viel darüber gesprochen, was uns trennt. Wir sollten mehr darüber sprechen, was uns zusammenführt.“

Eine gelingende Integration müsse auf vier Säulen aufbauen: Sprache, Bildung, Arbeit und Wertevermittlung, sagte Güler.

„Frankreich und Deutschland haben zwar nicht dieselbe Migrationsgeschichte und denselben Zugang zum Thema Integration, können aber voneinander lernen“, unterstrich die Referentin im Ministerium für Finanzen und Europa des Saarlandes, Cathrin Gräber, die die Migrations- und Integrationspolitik in Frankreich skizzierte. Dank des kürzlich eingerichteten Deutsch-Französischen Integrationsrates gebe es auch bereits gute Ansätze einer deutsch-französischen Zusammenarbeit beim Thema Migration und Integration in Europa.

In den anschließenden Arbeitsgruppen, an denen neben Fachleuten vor allem Kommunalvertreterinnen und -vertreter unter anderem aus Straßburg, Lille, Dijon, Köln, Düsseldorf und Bonn teilnahmen, zeigte sich, dass es auf kommunaler Ebene bereits viele gemeinsame Ansätze bei Migration und Integration zwischen beiden Ländern gibt, die zukünftig im Rahmen eines stärkeren Erfahrungsaustausches vertieft und weiterentwickelt werden könnten.

In ihrer Abschlusserklärung sprachen sich die in der Deutschen und Französischen Sektion des RGRE organisierten Kommunalpartnerschaften denn auch für eine verstärkte Zusammenarbeit deutscher und französischer Gebietskörperschaften im Bereich der Migrations- und Integrationsarbeit aus. Die Rolle der Kommunalpartnerschaften dürfe sich jedoch nicht in einem reinen Erfahrungsaustausch von Maßnahmen und politischen Ansätzen erschöpfen. Vielmehr bedürfe es auch einer stärkeren gesellschaftlichen Anerkennung des Ehrenamts, ohne das beide Länder die aktuellen Herausforderungen im Bereich der Migration und Integration nicht meistern könnten.

Zudem waren sich die Teilnehmenden darüber einig, dass die Kommunen und Regionen stärker als bisher in die konkrete Politikgestaltung einbezogen werden sollten – sowohl auf ihrer jeweiligen nationalen Ebene als auch auf bilateraler Ebene zwischen Deutschland und Frankreich und auf europäischer Ebene.

Neben dem spezifischen Thema der Migrations- und Integrationspolitik widmete sich die Deutsch-Französische Jahreskonferenz auch der generellen Frage nach der Zukunft Europas. In seinem Impulsreferat „60 Jahre Römische Verträge – Europa und die Deutsch-Französischen Beziehungen“ wies der Direktor des Deutsch-Französischen Instituts, Prof. Dr. Frank Baasner, auf die Bedeutung der deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften für die Beziehungen beider Länder hin. Kommunalpartnerschaften seien die Keim-

zellen europäischer Begegnungen und besonders geeignet, breite Bevölkerungsschichten zu erreichen. Mit Blick auf die vom französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron vorgeschlagene Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in eine breite und tiefe Debatte über die Zukunft Europas könnten und sollten die gewachsenen Partnerschaftsstrukturen verstärkt genutzt werden. „Schon lange war Europa nicht mehr in einer so kritischen Situation“, sagte Dr. Rainer Haas, Landrat des Landkreises Ludwigsburg sowie Vizepräsident der Deutschen Sektion des RGRE und Co-Präsident des europäischen RGRE-Dachverbandes „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR). Statt einer Allgemeinwohlerherrschende eine Meinwohlermentalität, so Dr. Haas. „Europa steht an einem Scheideweg“, betonte auch der Präsident der Französischen Sektion des RGRE und Bürgermeister von Sceaux, Philippe Laurent. Zur Wiederbelebung des europäischen Projekts sprachen sich die beiden RGRE-Vertreter für eine Stärkung des „Deutsch-Französischen Motors“ aus, wobei die Vorschläge des französischen Staatspräsidenten für Europa eine gute Grundlage darstellten. Dabei stimmten sie mit Prof. Dr. Baasner überein, dass die Kommunen und ihre Kommunalpartnerschaften vor allem bei den von Macron vorgeschlagenen Bürgerkonventen zur Zukunft Europas eine wichtige Rolle spielen sollten. Unterstützung erhielten sie dabei von Christine Moro vom französischen Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten. „Die Zusammenarbeit von Kommunen in Europa ist der Schlüssel zum Erfolg“, betonte die Leiterin für die auswärtigen Aktivitäten der Gebietskörperschaften.

Auch in ihrer Abschlusserklärung unterstrichen die Teilnehmenden die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen für die Entwicklung der Europäischen Union:

„Ohne die anderen europäischen Staaten und deren politische Ebenen zurückzustellen, sprechen sich auch die deutsch-französischen Städtepartnerschaften für eine Stärkung der deutsch-französischen Achse aus. Ohne sie ist Europa ohne Fundament. Die deutsch-französischen Städtepartnerschaften sehen sich weiter berufen, an diesem Fundament auf lokaler Ebene zu bauen.“ Da der europäische Integrationsprozess nicht ohne die jüngere Generation vorangebracht werden kann, hatten die Deutsche und Französische Sektion des RGRE den Deutsch-Französischen Jugendausschuss aktiv in die Organisation und Durchführung ihrer Jahreskonferenz eingebunden. So gab es auf der Konferenz einen intensiven Austausch über den **Deutsch-Französischen Freiwilligendienst**, der Jugendlichen aus beiden Ländern die Möglichkeit bietet, im jeweils anderen Land Praktika in kommunalen Einrichtungen zu absolvieren. Béatrice Angrand, Generalsekretärin des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, das den Freiwilligendienst fördert, appellierte hier an die Vertreterinnen und Vertreter der deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften, die Vorteile des Freiwilligendienstes für die Belebung ihrer Partnerschaften zu nutzen.

Zudem gab es auf der Jahreskonferenz in Köln erstmals ein sogenanntes Town Hall Meeting mit deutschen und französischen Jugendlichen zum Thema „Welches Europa wünschen sich junge Menschen in unseren Ländern?“ Dabei diskutierten Schülerinnen und Schüler vom Schiller- und vom Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in Köln sowie dem Lycée Gabriel Guist’hau aus Nantes mit Bundes- und Europapolitikern sowie Kommunalvertreterinnen und -

vertretern über die Zukunft Europas. Da unter den Schülerinnen und Schülern auch viele geflüchtete Jugendliche waren, nahmen Fragen zu Migration und Integration und damit zum ersten Konferenzthema breiten Raum ein.

Die nächste Jahreskonferenz der Deutschen und Französischen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas wird in der zweiten Jahreshälfte 2018 in Frankreich stattfinden

aus Europa kommunal 1/2018, Barbara Baltsch

Neue Studie zu deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften: Positive Bilanz nach 70 Jahren Kooperation

Im Jahr 1950 entstand zwischen Ludwigsburg und Montbéliard die erste deutsch-französische Städtepartnerschaft. Als Teil einer regelrechten Partnerschaftsbewegung sind rund 20.000 Kommunalpartnerschaften in Europa entstanden, davon 2.200 zwischen Deutschland und Frankreich. Dass sich dieses Modell der europäischen Zusammenarbeit auf lokaler Ebene bewährt hat und in Zeiten von Wirtschaftskrisen und Europaskepsis einen wichtigen Rahmen für Bürgerbegegnungen darstellt, zeigt eine gemeinsame Studie der Bertelsmann Stiftung und des Deutsch-Französischen-Instituts (dfi).

Vor 70 Jahren begann der Annäherungsprozess zwischen Deutschland und Frankreich auf kommunaler Ebene. Die Internationale Bürgermeister-Union für deutsch-französische Verständigung (IBU) und der Europäische Rat der Gemeinden und Regionen Europas „Council of European Municipalities and Regions (CEMR), in dem die IBU später aufging, ermöglichten ab den 1950er-Jahren den Kontakt zwischen Kommunalvertreterinnen und -vertretern aus beiden Ländern. Bis heute ist der deutschfranzösische Ausschuss im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) eine wichtige Kontaktplattform und zentrales Sprachrohr der deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften. Dass die Kommunalpartnerschaften nach wie vor aktuell und, entgegen gelegentlich anderweitig geäußerten Mutmaßungen, in vielen Fällen dynamisch sind und vielseitig gelebt werden, zeigt die breit angelegte Partnerschaftsstudie der Bertelsmann Stiftung und des Deutsch-Französischen Instituts. Im Rahmen der bislang größten Erhebung zu den deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften wurde untersucht, wie sich diese in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt haben, vor welchen Herausforderungen sie heute stehen und wie sie ihr Potenzial in der Zukunft noch besser ausschöpfen können.

Eine erfreuliche Erkenntnis der Studie liegt in den positiven Bewertungen der Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Kommunen und dem Stellenwert, den die Partnerschaften auf lokaler Ebene genießen. Fast drei Viertel der teilnehmenden Kommunen (72 Prozent) geben an, dass die deutsch-französische Partnerschaft in den Verwaltungen einen hohen Stellenwert genießt. 76 Prozent bewerten die Beziehungen zur Partnerkommune als sehr gut.

Auch zeigen die Ergebnisse, dass das Engagement der verschwisterten deutschen und französischen Kommunen in vielen Fällen nicht auf das

jeweilige Nachbarland beschränkt blieb. Knapp zwei Drittel gaben an, über mindestens eine weitere Kommunalpartnerschaft zu verfügen, vorwiegend innerhalb der Europäischen Union und im erweiterten Europa. Bei 78 Prozent der Befragten war die deutsch-französische Kommunalpartnerschaft die erste Partnerschaft überhaupt; bei 37 Prozent hatte die deutschfranzösische Partnerschaft Vorbildfunktion für weitere Partnerschaften. Bemerkenswert ist auch, dass in gut einem Viertel der beteiligten Kommunen die deutsch-französische Partnerschaft um eine dritte, gemeinsame Partnerkommune zu einer so genannten Ringpartnerschaft erweitert wurde.

Mit ihrer finanziellen Mittelausstattung kommt über die Hälfte der Partnerschaften gut zurecht. Ein knappes Fünftel scheint an akuten Finanzierungsengpässen zu leiden. Im Schnitt finanzieren sich die Partnerschaften zu zwei Dritteln aus kommunalen Zuwendungen. EU-Programme und Sponsoren wie Unternehmen oder Stiftungen spielen demgegenüber mit vier und acht Prozent eine untergeordnete Rolle.

Auch wenn sich die Rahmenbedingungen für die Kommunalpartnerschaften in den vergangenen Jahrzehnten mit dem Aussöhnungsprozess, dem europäischen Integrationsprozess und der Globalisierung massiv verändert haben, geben rund zwei Drittel der befragten Kommunen an, ihre Partnerschaft habe sich im Verlauf der Zeit stabil entwickelt oder an Intensität gewonnen. Jede fünfte Partnerschaft ist hingegen nicht mehr so aktiv wie in der Vergangenheit.

Interessant dabei ist, dass eine positive Entwicklungsdynamik, bei der Umfang und Intensität der Beziehungen im Zeitverlauf zunahm, unabhängig vom Alter der Partnerschaft ist. Egal ob eine Partnerschaft in den 1960er- oder in den 1990er-Jahren entstanden ist: Die Wahrscheinlichkeit, dass die Intensität der Beziehungen zugenommen hat, ist gleich häufig. Entscheidend ist demnach, wie die Partnerschaft über die Zeit gestaltet und weiterentwickelt wird. Die veränderten Rahmenbedingungen für Kommunalpartnerschaften werden auch bei den Gründungsmotiven deutlich. Während über 60 Prozent der Befragten, deren Partnerschaft bis 1975 gegründet wurde, angeben, dass die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland zu den wichtigsten Gründungsmotiven gehörte, spielen bei den Kommunalpartnerschaften, die seit 1990 gegründet wurden, Beweggründe wie eine „allgemeine Horizont-erweiterung“ oder „neue Möglichkeiten für junge Generationen“ eine verhältnismäßig wichtigere Rolle. Andere Gründungsmotive wie etwa der Aufbau eines friedlichen Europas oder der Abbau von Vorurteilen haben hingegen im Zeitverlauf kaum Veränderungen erfahren.

Die Ergebnisse der Studie belegen auch, dass es den kommunalen Partnerschaften in vielen Fällen gelingt, ganz unterschiedliche Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Insgesamt geben 70 Prozent der befragten Kommunen an, dass dies bei ihnen der Fall ist. In rund jedem zehnten Fall sind es vorrangig Menschen mit höherem Bildungsabschluss, die am Austausch teilnehmen. Altersmäßig betrachtet, sind ältere Menschen gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überrepräsentiert. Eine gewisse Überalterung der Kommunalpartnerschaften ist demnach empirisch belegbar. Gleichzeitig ist mit knapp einem Viertel eine große Gruppe der Beteiligten unter 30 Jahre alt.

Insgesamt gesehen steht bei vielen Austauschprojekten die persönliche Begegnung im Mittelpunkt. Besonders beliebt sind Bürger- und Delegations-

reisen, insbesondere anlässlich von Festen und besonderen Momenten in der Partnerstadt, die in 77 Prozent aller Partnerschaften organisiert werden. Auch finden in vielen Fällen Schüleraustausche (bei 62 Prozent), aber auch Musik- und Sportveranstaltungen (bei 41 und 44 Prozent) statt. Bemerkenswert ist, dass der Praktikantenaustausch und Ferienjobs relativ weit verbreitet sind. Gut ein Drittel der Kommunen gibt an, dass es diese Möglichkeit des Austausches mit der Partnerstadt bei ihnen gibt. Gemeinsame Projekte wie auch der fachliche Austausch spielen im Vergleich dazu eine deutlich geringere Rolle, werden aber von vielen Partnerschaften als Bereiche genannt, die sie künftig gerne stärker im Rahmen ihrer Partnerschaft fördern möchten.

Was die besondere Breitenwirkung der Kommunalpartnerschaften betrifft, so spielen die Begegnungen zwischen Vereinen, Jugendgruppen und Schulen eine zentrale Rolle. Hierüber werden Personengruppen angesprochen, die nicht von sich aus auf die Idee kämen, an einem Austausch mit der Partnerschaft teilzunehmen. Der thematische Zugang über ein Hobby oder einen Club, dem man aus einem anderen Grund als dem Austausch selbst angehört, ist ein wichtiger Hebel bei der Mobilisierung. Die Studienergebnisse belegen, dass ein Austausch selbst dann gelingt, wenn nur geringe oder gar keine Sprachkenntnisse vorhanden sind. Dank der sprachlichen Fähigkeiten anderer Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Übersetzungshilfen wie Google-Übersetzer und der Möglichkeit, auf Englisch auszuweichen, gelingt die Kommunikation, auch wenn es schwierig ist. Es ist folglich ein Irrtum, anzunehmen, solide Sprachkenntnisse seien die Voraussetzung für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einem Austausch.

Obwohl viele Partnerschaften gut funktionierende Infrastrukturen darstellen, die regelmäßig Kontakte mit der Partnerkommune pflegen, fragen sich viele Verantwortliche, wie es gelingen kann, die Kommunalpartnerschaften bekannter zu machen und wie neue Bürgerinnen und Bürger und vor allem jüngere Generationen an die Partnerschaft gebunden werden können. Mehr als 80 Prozent der befragten Partnerschaften wünschen sich mehr Aktive. Nur eine Minderheit (rund 15 Prozent) findet, dass das aktuelle bürgerschaftliche Engagement ausreicht. Mit der öffentlichen Wahrnehmung der Partnerschaftsarbeit ist weniger als ein Drittel der Befragten zufrieden.

Insgesamt gesehen könnten also durchaus mehr Menschen von der Partnerschaft profitieren. Die Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer wurden auch gefragt, wie sie die künftige Bedeutung der Partnerschaften einschätzen würden. Mit 56 Prozent gibt über die Hälfte an, dass sie keine Veränderung erwartet. Viele verschwisterte Kommunen gehen davon aus, dass ihre Partnerschaft auch künftig den Status genießt, den sie derzeit besitzt. Knapp ein Drittel gibt an, dass die strategische Bedeutung abnehmen wird und sich dies auch ganz konkret in der Rückführung personeller wie auch finanzieller Mittel äußert. Demgegenüber gehen nur 13 Prozent davon aus, dass die strategische Bedeutung der Partnerschaft zunehmen wird.

Auch wenn davon ausgegangen werden muss, dass sich überproportional Kommunen mit einer gut funktionierenden Partnerschaft an der Umfrage beteiligt haben, wird deutlich, dass sich die Kommunalpartnerschaften als Instrument breit angelegter Bürgerbegegnungen und kommunalpolitischer Kooperation bewährt haben. Sie sind in vielen Fällen auch Jahrzehnte nach

ihrer Gründung dynamisch und ermöglichen wie kein anderes Instrument die Begegnung breiter Bevölkerungsschichten.

Kommunalpartnerschaften machen die Lebensrealität europäischer Mitbürgerinnen und Mitbürger erfahrbar, tragen zum Abbau von Vorurteilen bei und führen zu engen Verbindungen zwischen europäischen Kommunen.

Ziel muss es deshalb sein, die Kommunalpartnerschaften dahingehend zu unterstützen, dass sie das vorhandene Potenzial besser ausschöpfen. Partnerschaften sind überlebensfähig, wenn sie möglichst breit vor Ort in der Politik und in der Bevölkerung verankert sind. Sie sind eine kommunale Angelegenheit, brauchen aber Bürgerschaft und ehrenamtliches Engagement, um mit Leben gefüllt zu werden. Idealerweise kooperieren deshalb Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft bei der Realisierung der Partnerschaft.

Was kann konkret getan werden? Es wäre der Sache dienlich, die Partnerschaften vor Ort bekannter zu machen und ihre Sichtbarkeit zu steigern. Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist nicht bewusst, welche Chancen eine Partnerschaft bietet. Wichtig ist auch, dass kontinuierlich Kontakte zu den Schulen und Vereinen vor Ort gepflegt werden.

Daneben gilt es, die Partnerschaften besser untereinander zu vernetzen, um von Synergien zu profitieren und ihr Profil als zentralem Akteur bei der Konkretisierung eines bürgernahen Europas zu schärfen. Basierend auf der Grundlage der Studienergebnisse sowie seiner langjährigen Erfahrung mit europaweiten kommunalen Partnerschaften erarbeitet das Deutsch-Französische Institut Weiterbildungsmaßnahmen für kommunale Akteure, die genau diese Aspekte in den Blick nehmen.

Für die Studie „**Städtepartnerschaften – den europäischen Bürgersinn stärken**“ wurden knapp 4.100 Kommunen in Deutschland und Frankreich mit einer deutsch-französischen Partnerschaft kontaktiert. Ausgangspunkt für die Datenerhebung waren die Verzeichnisse der deutschen und französischen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), die Informationen zu den Kommunalpartnerschaften sammeln.

Insgesamt haben sich 1.332 Kommunen beteiligt. Damit deckt die Studie rund die Hälfte aller deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften ab. Daneben wurden 17 Austauschbeispiele im Rahmen von Gruppen- und Einzelinterviews mit insgesamt knapp 250 Teilnehmenden untersucht. Der Erhebungszeitraum war von April bis September 2017.

EUROPA kommunal 1/2018

Erste Ratspräsidentschaft von Bulgarien in der Europäischen Union:

Sicherheit, Stabilität und Solidarität

Bulgarien hat am 1. Januar 2018 turnusgemäß für die erste Jahreshälfte die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernommen. Für den Balkanstaat ist es die erste Ratspräsidentschaft seit dem EU-Beitritt im Jahr 2007. In Zeiten, in denen die Europäische Union vor zahlreichen Herausforderungen

steht, möchte sich das südosteuropäische Land unter dem Motto „Einigkeit macht stark“ für ein sicheres, stabiles und solidarisches Europa einsetzen. Die bulgarische Regierung setzt dabei auf vier Prioritäten. Einerseits sollen die wirtschaftliche und soziale Annäherung sowie der Zusammenhalt in der Union gefördert und andererseits Stabilität und Sicherheit in Europa gefestigt werden. Die notwendige europäische Perspektive und die Integration der Westbalkanländer sollen ebenfalls im Fokus stehen. Nicht zuletzt nennt Bulgarien die digitale Wirtschaft als weiteres Thema der Ratspräsidentschaft. Damit soll die Rolle Europas in einer sich schnell verändernden Welt durch eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft sichergestellt werden.

Quelle: *EUROPA kommunal* 1/2018

Die Europäische Kommission hat 2018 zum Europäischen Jahr des Kulturerbejahres erklärt.

Der für Kultur zuständige EU-Kommissar Tibor Navracsics hebt die Ziele des Themenjahres hervor. So soll das Europäische Kulturerbejahr das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die europäische Geschichte und die europäischen Werte schärfen sowie ihr Gefühl für eine europäische Identität stärken. Gleichzeitig weist der EU-Kommissar auf die Bedeutung der Kommunen für das Kulturerbe Europas hin und ruft dazu auf, das kulturelle Erbe vor Ort sichtbar zu machen und andere daran teilhaben zu lassen.

Weitere Informationen:

Internetseite der Europäischen Kommission zum Europäischen Kulturerbejahr:
http://europa.eu/cultural-heritage/european-year-cultural-heritage_de
Internetseite des deutschen Beitrags zum Europäischen Kulturerbejahr:
<https://sharingheritage.de>

EUROPA kommunal 2/2018

Neue Europäische Bürgerinitiative Willkommenskultur für Migrantinnen und Migranten



Die Europäische Kommission hat am 14. Februar 2018 die Europäische Bürgerinitiative „We are a welcoming Europe, let us help!“ für zulässig erklärt. Die Bürgerinitiative setzt sich für eine Willkommenskultur für Migrantinnen und Migranten in Europa ein. In der Bürgerinitiative heißt es: „Die Regierungen haben Schwierigkeiten, die Migration zu bewältigen. Die meisten von uns sind bereit, Menschen in Not zu helfen. Millionen haben bereits geholfen. Jetzt möchten wir gehört werden.“

Foto: Bernd Wachtmeister / pixelio.de

Wir brauchen eine Willkommenskultur in Europa. Wir fordern die Europäische Kommission auf, zu handeln.“ Die Organisatoren der Europäischen Bürgerinitiative fordern die Europäische Kommission unter anderen auf, „lokale Gruppen zu unterstützen, die Flüchtlingen helfen“, „Regierungen daran zu hindern, Freiwillige zu bestrafen“ und „Opfer vor Ausbeutung, Kriminalität und Menschenrechtsverletzungen zu schützen“. Mit der Registrierung der Initiative haben die Organisatoren nun ein Jahr Zeit, Unterstützungsbekundungen für ihren Vorschlag zu sammeln. Sollte die Bürgerinitiative innerhalb eines Jahres eine Million Unterschriften aus mindestens sieben verschiedenen EU-Mitgliedstaaten erhalten, muss die Europäische Kommission innerhalb von drei Monaten reagieren. Dabei kann sie selbst entscheiden, ob sie der Aufforderung nachkommen will oder nicht, sie muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

Europäische Bürgerinitiative
„We are a welcoming Europe, let us help!“:
<https://www.weareawelcomingeurope.eu/>

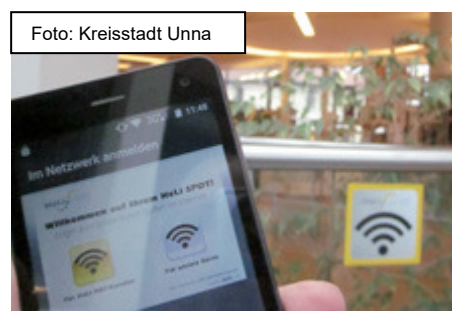
EUROPA kommunal 2/2018

EU-Programm „WiFi4EU“ für kostenloses WLAN in Kommunen: **Registrierungsphase gestartet**

Das Förderprogramm „WiFi4EU“ für kostenlose drahtlose Internet-Hotspots in öffentlichen Räumen ist offiziell gestartet: Seit dem 20. März 2018 können sich Kommunen in der Europäischen Union über das WiFi4EUInternetportal registrieren. Mitte Mai 2018 wird dann die erste Aufforderung veröffentlicht und die registrierten Kommunen können sich um die ersten 1.000 WiFi4EU-Gutscheine bewerben.

Die Gutscheine werden in der Reihenfolge des Bewerbungseingangs vergeben, wobei die geografische Ausgewogenheit gewahrt wird. Jedes teilnehmende Land erhält mindestens 15 Gutscheine. In den kommenden zwei Jahren werden vier weitere EU-Aufforderungen zur Bewerbung veröffentlicht werden. Das Programm „WiFi4EU“ bietet Kommunen Gutscheine im Wert von jeweils 15.000 Euro für die Einrichtung von WiFi-Hotspots in öffentlichen Räumen wie Bibliotheken, Museen, öffentlichen Parks und auf Plätzen.

Mit den Gutscheinen können sie drahtlose Zugangspunkte beschaffen und in den von ihnen ausgewählten Zentren des örtlichen öffentlichen Lebens



Die Europäische Union unterstützt bis 2020 Kommunen bei der Installation kostenloser WLAN-Hotspots

einrichten. Die Kosten für Betrieb und Wartung des Netzes werden von den Kommunen getragen. Wie Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärte, soll mit der WiFi4EUInitiative erreicht werden, dass „bis 2020 jedes Dorf und jede Stadt in Europa über einen kostenlosen WLAN-Internetzugang in der Nähe der Hauptzentren des öffentlichen Lebens verfügt“.

Bis 2020 stehen aus dem EU-Haushalt 120 Millionen Euro zur Finanzierung von Geräten in bis zu 8.000 Kommunen in allen EU-Mitgliedstaaten sowie in Norwegen und Island zur Verfügung.

weitere Informationen: Internetportal WiFi4EU: <https://www.wifi4eu.eu/>

EUROPA kommunal 2/2018

Termine

9. Mai 2018	Europatag
23. Juni 2018	Glinger Marktfest mit internationaler Beteiligung
24. Juni 2018	50. Jubiläum der Europa-Union, Ortsverband Glinde

Jubiläen & Gedenktage

24. März 2018 †	Elke Petersen (83 Jahre)
20. Juni 2018	50 Jahre Europa-Union Glinde

Internet-Präsenz

Die Internetseiten der Stadt Glinde informieren Sie aktuell:

Stadt Glinde : www.glinde.de und www.glinde.eu

Saint-Sébastien-sur-Loire : www.saintsebastien.fr und www.cce-nantes.eu
www.kaposweb.free.fr/

Kaposvár : www.kaposvar.hu / www.visitors.hu /
www.csokonai-kap.sulinet.hu
www.tourinformkaposvar.hu

Impressum

Herausgeberin: Stadt Glinde – der Bürgermeister
Kultur und internationale Beziehungen
Redaktion: Tanja Woitaschek

Alle Fotos und Texte, soweit nicht anders angegeben: Tanja Woitaschek

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Textbeiträge zu kürzen und auf Fehler hin zu korrigieren.
Es besteht kein Anspruch auf Abdruck.

Erscheinen: 3 x im Jahr (zum April, August, Dezember) Auflage: 140 (13. Jahrgang) und online auf
www.glinde.de.

Ihre Anregungen und Beiträge für die nächste Ausgabe richten Sie bitte an:

Stadt Glinde
Tanja Woitaschek
Markt 1
21509 Glinde
Tel. 040 / 710 02 212 / Fax. 040 / 710 02 129
E-Mail: tanja.woitaschek@glinde.de

Sprechzeiten:

Mo + Mi 8h30 – 12h00
Do 15h00 – 19h00

... und nach Vereinbarung